

Politiker in der Kritik: Nulllohnrunde gefordert - Wer bleibt außen vor?

Die türkis-grüne Bundesregierung kündigt eine Nulllohnrunde für 2024 an. FPÖ fordert erweiterte Maßnahmen für alle Politiker.



Österreich - Die aktuelle politische Debatte über Gehaltserhöhungen für Politiker in Österreich nimmt an Intensität zu. Der Bund hat angekündigt, für 2024 auf eine Erhöhung der Politikergehälter zu verzichten, eine sogenannte Nulllohnrunde, wie die türkis-grüne Bundesregierung bereits im Sommer beschloss. Dies betrifft vor allem Spitzenpolitiker wie den Bundespräsidenten und die gesamte Regierungsmannschaft. Ausgerechnet die FPÖ, unter der Führung von Herbert Kickl, findet diese Entscheidung nicht weitreichend genug. Kickl fordert eine Ausweitung dieser Nulllohnrunde auf alle Bundesländer, da es seiner Meinung nach unangemessen sei, Unterschiede zwischen Bundes- und Landespolitikern zu machen. „Das Geld stammt von denselben

Steuerzahlern“, erklärte er, als er die Forderung nach einer einheitlichen Regelung für Gehälter erhob. Er kündigte an, dass die FPÖ am Mittwoch einen entsprechenden Antrag im Nationalrat einbringen möchte, um auch die Gehälter in den Ländern unter die Lupe zu nehmen.

Die Diskussion um die Nulllohnrunde hat sich zuletzt zugespitzt, da sich die Mehrheitsverhältnisse im Nationalrat nach den Wahlen im September geändert haben. Die FPÖ und die Neos dringen auf eine umfassendere Nulllohnrunde, während auch die Grünen, vertreten durch ihre Klubobfrau Sigrid Maurer, gefordert haben, die Nulllohnrunde auf Abgeordnete in Nationalrat und Bundesrat sowie auf Landeshauptleute und Landesräte auszuweiten. „Es ist inakzeptabel, dass die Länder von einer solchen Lösung nicht umfasst sein sollen“, kritisierte Maurer. Der Rechnungshof hat bereits einen gesetzlichen Anpassungsfaktor von 4,6 Prozent für Politikerbezüge im Jahr 2025 veröffentlicht, der jetzt im Nationalrat diskutiert werden muss. Hierbei stehen die Parteien unter Druck, angesichts eines enormen Budgetlochs in Österreich effektive Sparmaßnahmen zu ergreifen.

Politische Symbolik und Gerechtigkeit

Die FPÖ sieht die Nulllohnrunde als ein „Gebot der Gerechtigkeit“. Kickl betont, dass es in der gegenwärtigen Rezession unangemessen sei, wenn sich die politische Elite Gehaltserhöhungen gönne. Er fordert eine Reform der Aufstiegsriterien für Politikergehälter, da die aktuellen Regelungen zu einem „Fleckerlteppich“ bei den Bezügen geführt haben. Die Verhandlungen im Nationalrat über eine mögliche Erweiterung der Nulllohnrunde gehen daher in eine entscheidende Phase, und die politische Landschaft zeichnet sich durch eine klare Spannung ab. Ob die neue Regierung zu einer Einigung kommt, wird entscheidend für die kommenden Monate sein, in denen Österreich zunehmend mit finanziellen Herausforderungen konfrontiert ist, wie **heute.at** und **die Presse** berichten.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Österreich
Quellen	• www.heute.at • www.diepresse.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at